



Positionspapier

***Keine Verwaltungsgebühr bei
Studienbeiträgen***

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Tel.: 0 89/12 43-2 42, -2 44, Fax: 0 89/1 29 85 31

E-Mail: ju@ju-bayern.de

Die Abschaffung der Verwaltungsgebühr ist das richtige Signal für zukunftsfähige Hochschulpolitik in Bayern.

Eine Hochschullandschaft, die mit internationaler Spitzenforschung und hervorragender Lehre die Innovationsfähigkeit Bayerns und die Zukunftschancen der jungen Menschen in unserem Land sichert, ist nur durch verstärkten Wettbewerb zwischen den Hochschulen und verbesserter Eigenverantwortung der Universitäten und Fachhochschulen möglich.

Der Umstellungsprozess von der „Behörden-Uni“ zur selbstständig handelnden Hochschule ist mit dem bayerischen Hochschulgesetz angegangen worden. Zugleich zeigt sich, dass der Weg zu einer besseren und dynamischeren Hochschullandschaft nicht nur eine Frage der Gesetze und der Finanzen ist, sondern auch einen Einstellungswandel in den Köpfen von Studenten bedingt, als auch bei Lehr- und Forschungspersonal, sowie der Hochschulverwaltung. So haben die bayerischen Studenten durch ihre breite Akzeptanz von Studienbeiträgen gezeigt, dass sie zu einer erhöhten Eigenbeteiligung und Eigenverantwortung im Hochschulbetrieb durchaus bereit sind.

Im krassen Gegensatz zu einer zukunftsfähigen Hochschulpolitik wie sie oben dargelegt worden ist, steht die Verwaltungsgebühr, die weiterhin jedes Semester allen Studenten in Bayern zur Last gelegt wird. Die Verwaltungsgebühr ist keine finanzielle Eigenbeteiligung am eigenen Studium oder der eigenen Hochschule, sondern fließt direkt in den bayerischen Staatshaushalt. Anders als Studienbeiträge dient sie nicht der Verbesserung von Lehrbedingungen. Zudem besteht keinerlei Garantie, dass das durch die Verwaltungsgebühr erhobene Geld für immer den Hochschulen zu Gute kommen wird – nur zu leicht kann theoretisch das direkt eingetriebene Geld in andere Ressorts verlegt werden. De facto treibt die Hochschule im Auftrag des Freistaates hier eine Steuer auf Studenten ein.

Die Verwaltungsgebühr ist unvereinbar mit der Idee einer eigenverantwortlichen Hochschule und eines modernen Hochschulwettbewerbs. Das Festklammern an der Verwaltungsgebühr ist den Studenten in unserem Land nicht vermittelbar. Ihre Beibehaltung karikiert die Bemühungen der Staatsregierung in Bayern hochschulpolitische Reformen durchzusetzen und spielt in die Hände derjenigen, die ein veraltetes Bild unserer Universitäten und Fachhochschulen im Stil einer Hängematte für Dauerstudenten auf Kosten der Allgemeinheit vertreten.

Die Jungen Union Bayern fordert daher mit Nachdruck von der bayerischen Staatsregierung die sofortige Abschaffung der Verwaltungsgebühr noch vor den Landtagswahlen. Die Abschaffung ist ein längst überfälliger und in der Logik des bayerischen Hochschulgesetzes konsequenter Schritt.

Die Abschaffung ist zudem das richtige Signal für eine zukunftsfähige Bildungs- und Hochschulpolitik. Die Menschen dürfen im Strukturwandel in der Bildungslandschaft nicht durch das Festklammern der Politik an überholten Strukturen alleine gelassen werden. Die bayerischen Studenten und die bayerischen Hochschulen müssen auf dem Weg in die Eigenverantwortung und den internationalen Wettbewerb klare und sichere Signale von Seiten der Politik erhalten.

Beschlossen durch den JU-Landesausschuss am 31.05.2008